

Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung

Protokoll der Sitzung vom 23. März 2001

An der **51. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen folgende Personen teil:

Artner (Universität für Bodenkultur), Ast (Waldbauernmuseum Gutenstein), Jeschke (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung), Klampfer (Universität für Bodenkultur), Machold (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Panholzer (BMLFUW), Pevetz (vorm. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Pfusterschmid (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Schachinger (Universität für Bodenkultur), Vogel (Universität für Bodenkultur), Vogl (Universität für Bodenkultur), Wieser (Universität für Bodenkultur), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen)

Entschuldigungen gingen ein von: Baihofer, Bogner, Dax, Groier, Hebertshuber, Stastny, Weigl, Zehetbauer

Als Gastgeber begrüßt **Vogel** alle TeilnehmerInnen dieser zum ersten Mal an der Universität für Bodenkultur stattfindenden Sitzung der Arbeitsgemeinschaft ländlicher Sozialforschung.

Jeschke (Oberösterreichische Landesregierung, Landesbaudirektion) referiert über „**Die Europäische Charta für den ländlichen Raum und neue Strategien für die ländlich geprägten Räume Österreichs**“.

DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DES EUROPARATES HAT DEN ENTWURF DER CHARTA FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM ANGENOMMEN.

Die ländlich geprägten Räume in Österreich und Europa sind derzeit einem besonders heftigen Schub des Strukturwandels unterworfen. Die Globalisierung der Wirtschaft sowie eine völlig neue Positionierung staatlichen Handelns verlangen nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft in der EU eine Verfeinerung der Raumordnungsinstrumente und der Instrumente der Regionalpolitik im europäischen Kontext.

Der Europarat hat ja schon 1987/88 nach langer Vorbereitungszeit eine umfassende und thematisch breitgefächerte Kampagne durchgeführt, deren Empfehlungen wegweisend für viele Aktivitäten im staatlichen und nichtstaatlichen Bereich in ganz Europa waren und sind.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat in ihrer Richtlinie Nr. 490 (1993) über notwendige landschaftliche und ländliche Reformen in Europa den Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung angewiesen, einen Entwurf für eine Europäische Charta für den ländlichen Raum vorzubereiten im Bewusstsein, dass die kulturelle Identität, die natürlichen Ressourcen und die Entwicklung des ländlichen Raumes ernsthaft bedroht sind.

Am 23. April 1996 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarates den Bericht über eine Europäische Charta für den ländlichen Raum angenommen (Empfehlung Nr. 1296 [1996] / Bernhard Seiler, Berichterstatter des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Parlamentarische Versammlung des Europarates, Straßburg).

Diese Zielsetzungen des Europarates erfordern neue methodische Ansätze und Instrumente zur Sicherstellung einer umfassenden und nachhaltigen Politik für die ländlich geprägten Räume. Dies erscheint insbesondere wegen der Notwendigkeit eines neuen "Gesellschaftsvertrages" zwischen den "städtischen und ländlich geprägten Räumen" dringlich, der eine neue Solidarität Stadt-Land auch in Zeiten vielfältiger Probleme fördern kann.

Grundlegende Frage- bzw. Problemstellungen und integrale Ziele

Wozu dient eine Politik für den "ländlichen Raum" oder besser für die ländlich geprägten Räume in ihren Diversifizierungen?

- Nachhaltige Sicherung und Entwicklung der Lebensbedingungen für einen wesentlichen Teil der Gesamtbevölkerung Österreichs mit ihrer charakteristischen Ausprägung eines Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsgefüges bzw. charakteristischen Wirtschaftsweise und damit verbundenen Identität.
- Nachhaltige Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlage bzw. des Natur- und Kulturerbes für die Gesamtbevölkerung Österreichs sowie Europas.

Warum sind neue Strategien für den ländlichen Raum notwendig?

Eine neue Dringlichkeit ergibt sich u.a. weil:

- das Problembewusstsein der österreichischen Bevölkerung in Hinblick auf die Lage der verschiedenen Gebietstypen im ländlichen Raum noch unzureichend ist. Meist erfolgt eine vordergründige Reduktion auf die "Landwirtschaftsfrage" und "übermäßige" Förderungen
- keine zielorientierte Abgrenzung und Qualifizierung der verschiedenen Typen des "ländlichen Raumes" vorliegt
- der ökosoziale Ansatz weder international (z.B. EU bzw. WTO), noch national durchgängig implementiert ist
- der "ländliche Raum" kompetenzmäßig auf verschiedenste Planungsträger fachlich, planungs- und entscheidungsebenenmäßig bzw. legislativ aufgesplittert ist. Ein hauptverantwortlicher "Anwalt" mit koordinierender Kompetenz fehlt auf Bundes- bzw. Länderebene
- ein "eigenes" institutionalisiertes Planungsinstrument "Ländlicher Raum" fehlt
- eine Integration der Agrarpolitik in die Gesamtentwicklungspolitik noch unzureichend ist
- keine ausreichende ganzheitliche Raumforschung für den "Ländlichen Raum" existiert und jeder Fachbereich nur einzelne prioritäre Faktorenanalysen vornimmt bzw. Zielvorstellungen entwickelt
- nach den OECD-Kriterien werden 91,2 Prozent der Gesamtfläche Österreichs bzw. 42 Prozent der Gesamtbevölkerung dem ländlichen Raum zugerechnet werden können
- die veraltete und polarisierende Stadt-Land-Sicht bzw. die Reduzierung der "Ländlichen Raum-Diskussionen" auf eine enge Landwirtschaftsproblematik verstellt in dramatischer Weise die Gesamtsicht und -strategien. Dazu kommt noch eine Schwächung der Position des "ländlichen Raumes" an sich bzw. insbesondere z.B. der Berggebiete Europas auf EU-Ebene.

VORSCHLÄGE FÜR NEUE STRATEGIEN FÜR LÄNDLICH GEPRÄGTE RÄUME ÖSTERREICHS

a.) Ausgewählte Grundsätze

Diese genannte europäische Kampagne, die besprochene Charta bzw. weiter jetzt angelaufenen Aktivitäten des Europarates mit dem Ziel einer vertieften Solidarität für den ländlichen Raum sind daher der Ausgangspunkt der im Literaturhinweis vorgestellten Publikation und ihrer grundsätzlichen Zielsetzungen:

- Weiterführung der umfassenden Ziele der Europarat-Kampagne für den ländlichen Raum in Österreich bzw. weiterer jetzt angelaufenen Aktivitäten des Europarates
- Vorbereitung und Hilfestellung für die mögliche Ratifizierung der Europäischen Charta für den ländlichen Raum des Europarates (Europarat-Empfehlung 1296) durch Österreich

- Hilfestellung bei der Überwindung von isolierten Einzelinitiativen und -projekten bzw. sektoralistischen Betrachtungs- und Handlungsweisen im Zusammenhang mit den ländlichen Räumen
- Innovation neuer Strategien, Ziele und Maßnahmen umfassender Art auf nationaler, regionaler bzw. lokaler Ebene. Die letzte gesamthafte Darstellung des ländlichen Raumes Österreichs erfolgte im Jahre 1975 (!) durch Arbeiten des Österreichischen Instituts für Raumplanung
- Innovation neuer Strategien, Ziele und Maßnahmen im Zusammenhang mit aktuellen Entwürfen der Politik für die ländlichen Räume der EU (Agende 2000, Ziele der räumlichen Planung, Erklärung der Europäischen Konferenz über ländliche Entwicklung in Cork etc.)
- Institutionalisierung der ländlich geprägten Räume in ihrer Diversifizierung als eigenständige Raumkategorie bzw. als Lebensraum für alle dort lebenden Bewohner.

b.) Ausgewählte Markierungen zur verbesserten Institutionalisierung einer umfassenden Politik auf nationaler bzw. internationaler Ebene

Für die nachfolgenden Aspekte werden nach ausführlicher Problemdarstellung der Zieldefinition detaillierte Vorschläge zu Instrumenten bzw. Methoden zur Implementierung in Österreich (nationale Ebene) vorgelegt.

Grundlegende Leitlinien und sozioökonomische Zielsetzungen

- Spielregeln demokratischer und sozialer Gesellschaftsordnung-Sozialprinzipien der Staatslehre
- Ökosoziale Marktwirtschaft für Stadt und Land als wirtschaftspolitischer Weg für eine sozial- und zukunftsverträgliche Entwicklung
- Internationale Konventionen und Dokumente als Leitlinien für die Entwicklung der ländlich geprägten Räume
- Harmonisierung der Ansätze der Entwicklung "von unten" oder "von oben"

Vorschläge für instrumentelle Neuorientierung

- Organisations- und Verwaltungsstrukturen als Instrument der Politik für den ländlichen Raum (Einrichtung von Dienststellen auf Bundes- und Landesebene, die in kompetenzrechtlicher Absicherung integrale Gesamtverantwortung tragen).
- Konzeption von ganzheitlichen Planungsinstrumenten und Entwicklungskonzepten
- Differenzierende Beschreibung, Analyse, Klassifizierung und Abgrenzung der ländlich geprägten Räume als notwendige Voraussetzung einer eigenständigen integralen Fachpolitik und deren Institutionalisierung in Österreich und in der europäischen Gemeinschaft.
- Einführung eines nationalen integralen Monitorings für die ländlich geprägten Räume Österreichs (Keine summarische Aufzählung von geförderten Projekten).

c.) Ausgewählte weiterführende Schwerpunkte

Die Studie über "Neue Strategien für die ländlich geprägten Räume Österreichs" spricht darüber hinaus Punkte an, die auch in der Empfehlung Nr. 1296 (1996) der Parlamentarischen Versammlung des Europarates enthalten sind. Damit soll versucht werden, Anregungen für die notwendige weiterführende öffentliche Debatte darüber zu geben und die Ziele des Europarates zu unterstützen. Die in den bibliographischen Hinweisen genannten Autoren * haben Vorschläge zu folgenden Fachbereichen vorgelegt:

- Sozial- und Nachhaltigkeitsprinzipien, Grundprinzipien der Staatslehre (Subsidiaritätsprinzip als Zuständigkeits- und Funktionsprinzip sowie Prinzip des hilfreichen Beistands, Solidaritätsprinzip als Prinzip der gegenseitigen Verantwortung

und Personalprinzip, bei dem der Mensch der Schöpfer, Träger und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen und des gesellschaftlichen Ganzen ist), Grundfunktionen des Staatswesens (Rechts-, Wohlfahrts- und Kulturfunktion, die einerseits wegen der besonderen Sensibilität der ländlich geprägten Räume und der teilweise massiven Neupositionierung staatlichen und wirtschaftlichen Handelns von größter Bedeutung sind) und Nachhaltigkeitsprinzipien.

- Soziales, Wohlfahrt und Familie (Neue Wege der Sozialarbeit (Vorbeugende Hilfe, Hilfe zur Selbsthilfe und Hilfe zur Gesundung der Lebenssituation), Familie als Erfolgspotential in Gewerbe und Handwerk, Hilfen für die bäuerliche Familie).
- Hinweise zur regionalen Kategorisierung der ländlich geprägten Räume in drei Ausformungen: Regionen mit großen Verdichtungsräumen (Kernstädte, hochverdichtetes Umland und ländliches Umland), Regionen mit Verdichtungsansätzen (Kernstädte und ländliches Umland) und ländlich geprägte Regionen.
- Entwicklung einer multidimensionalen Gemeindetypisierung für Österreich
- Wirtschaft, Gewerbe und Handwerk (Dynamik des ländlichen Raumes, Systematisch - ganzheitliche Strategien für Gewerbe und Handwerk)
- Agrarpolitik (Auswirkungen der Agenda 2000 auf die Berglandwirtschaft samt neue Politikansätze als letzte Publikation von Berthold Pohl ?, Südtirol, Raumpotentialkarte Landwirtschaft, bäuerliche Initiativen, Kriterien einer erfolgreichen Berggebietspolitik, Agrarstrukturförderung und allgemeine Politik für den ländlichen Raum. Vgl. Ökosoziale Konvention zur europäischen Agrarpolitik (J. Riegler, H.W.; Popp H.; Kroll-Schlüter et al))
- Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung (Mehrfachbeschäftigungsmodelle, Weiter- und Ausbildungskonzeptionen, Telearbeit)
- Landschaftsplanung und -pflege (Implementierung der Landschaftsplanung als Instrument zur Kulturlandschaftsentwicklung auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene, Naturraumpotentialkartierung als Grundlage der Identifizierung der Multifunktionalität der Landschaft)
- Ländliches kulturelles Erbe und Kulturlandschaft (Kulturelles Erbe als Standort- und Wirtschaftsfaktor oder "Schutz schöner Bilder und Abgrenzung von Kulturlandschaftsregionen und -einheiten auf nationaler Ebene als Hilfestellung zur Identifizierung der charakteristischen "Individualitäten" der österreichischen Kulturlandschaft; gleichzeitig liegt damit ein Ansatzpunkt zur Formulierung von integralen (nicht nur naturschutzorientierten) Zielvorstellungen für die Entwicklung der österreichischen Kulturlandschaft und ihrer Teillandschaft vor).
- Sicherung der Infrastruktur bzw. Neubeginn der Zentralen-Orte-Politik (vgl. P. Weichhart (1996): Das System der Zentralen Orte in Salzburg und angrenzenden Gebieten Österreichs und Bayerns) sowie Raumordnung und Förderungsprogramm "Dorferneuerung bzw. Ortsentwicklung" (Zukunftsvorsorge durch umfassende Leitbilder bzw. Entwicklungsprogramme im Rahmen der Raumordnung der Gemeinde und Projektmanagement im Rahmen der Förderprogramme, Vermeidung von Doppelarbeit etc.)
- Vorstellung von ausgewählten Informationsinstrumenten für Planung, Gestaltung und Projektentwicklung in den ländlichen Räumen Österreichs (Informationsinstrumente zur Identifizierung der endogenen Potentiale bzw. der Strukturdaten auf regionaler und örtlicher Ebene) wie z.B. Gemeindespiegel des Österreichischen Instituts für Raumplanung, Wien, Regionaldatenbank der Österreichischen Gewerbe- und Handwerksforschung, Wien und Regionales Arbeitsmarktinformationssystem des Österreichischen Instituts für Raumplanung, Wien

Die genannten Autoren hoffen mit ausgewählten Hinweisen Hilfestellungen zur weiteren Entwicklung der ländlich geprägten Räume geben zu können:

- Gesamthafte Beurteilung regionaler Entwicklung und Gegebenheiten in Vergleich zu anderen (Teil-) Regionen und Bundesländern
- Übersicht über die spezifischen regionalen Probleme
- Prioritätenfestlegung innerhalb der Region und verbesserte Konzeption von Problemlösungsstrategien
- Aufzeigen von einem interkommunalen und regionalen Koordinationsbedarf
- Zielformulierung auf regionaler Ebene und verbesserte Umsetzung der Zielvorgaben durch die Gemeinden
- Verbesserte Einschätzung des endogenen Potentials durch die Gemeinden und regionale Planungsträger bzw. nichtstaatliche Organisationen
- Institutionalisierung des Managements der ländlich geprägten Räume in ihrer Diversifizierung unter Respektierung als eigenständige Raumkategorie bzw. als spezifischen Lebensraum für alle seine Bewohner in allen Ebenen der Politik in Österreich auf Länder- und Bundesebene.

Pevetz: Diese Frage ist schon seit Ende der 60er Jahren aktuell. Im Zentrum stand und steht dabei das Konzept einer Weiterentwicklung zentraler Orte. Heute hat sich mit der EU-Integration und der Globalisierung allerdings der Rahmen geändert. Bei den ländlichen Versorgungsstrukturen geht dabei um zwei zentrale Punkte, um die Erhaltung der Funktionsfähigkeit und andererseits um die Erhaltung der Institutionen. Institutionen sind oft nur schwer zu erhalten. Funktionen können leichter gesichert werden. Es brauchen keine leeren Postbusse durch das Land fahren. Der Greißler kann auch Aufgaben der Post übernehmen. Ähnliches gilt auch für die Organisation von Schülertransporten. Alleine könnten Post und Greißler vielleicht nicht mehr überleben. Das Beispiel Schweiz zeigt, dass für eine kombinierte Einkommenssicherung innovative Lösungen nötig sind. Leider fehlen integrierte Forschungsprojekte mit dem Focus auf ein gemeinsames Ziel, wie z.B. der Zusammenhang zwischen räumlicher Struktur und sozialem Wandel. In Österreich gibt es zu viele aufgeblähte Kulturlandschaftsprojekte, welche zahlreiche Leute beschäftigen.

Jeschke: Pevetz habe diese Dringlichkeit betont. In Deutschland gibt es eine heftige Diskussion im Zusammenhang um die Bedeutung zentraler Orte. In Österreich herrscht vielfach Konzeptlosigkeit. Parallel dazu laufen aber alle möglichen Initiativen. Es ist wie bei einem Hausbau ohne Plan. Die Entscheidungen müssen jedenfalls von der Politik getroffen werden. Die Hauptprobleme liegen häufig auch in persönlichen Beziehungen und in regionalen Konflikten.

Wiesinger: Das Tempo des Wandels ist enorm. Viele ländliche bäuerliche Gemeinden wandeln sich innerhalb kurzer Zeit in periurbane Siedlungen. Das hat auch enorme Auswirkungen auf die Struktur der Bevölkerung.

Jeschke: Es gibt keine ausreichende Grundlagenforschung darüber was sich hier wirklich abspielt. Fragen der Mobilität, der Verkehrsströme, der Bodenpreise, der Gründung von Einkaufszentren aber auch der Lebensformen (mehr Singles etc.) spielen eine entscheidende Rolle. Es fehlen hier nachhaltige, zielgerichtete Strategien. Die Kulturlandschaftsprogramme in Österreich haben einen naturräumlich-ökologischen Schwerpunkt, viele Forschungsfelder sind aber überhaupt nicht repräsentiert. Es gibt wenn, dann nur ein paar punktuelle kleinräumige Studien. Baden-Württemberg ist da bereits weiter.

Panholzer: Persönliche Beziehungen spielen eine große Rolle. Ein Bürgermeister kann in diesem Fall für seine Gemeinde oft viel erreichen. Andere Gemeinden haben dann nur wenig Chancen. Das ist auch oft entscheidend bei den Förderungen, z.B. bei der Ansiedlung eines Gewerbes. Sollte da nicht etwa der Bezirkshauptmann lenkend einschreiten?

Jeschke: Die Diskussion ist schon lange im Gang. In den Fünfziger Jahren wurden bereits Untersuchungen zu bestimmten Problemregionen (Mühlviertel, Wachau, Salzkammergut)

durchgeführt. Heute sollte man das Hauptaugenmerk auf die Nahversorgung legen, denn viele soziale Infrastrukturen gehen in den ländlichen Regionen verloren. Die Entscheidungen liegen nicht bei der Bezirkshauptmannschaft sondern beim Bund und bei den Ämtern der Landesregierungen. Außerdem sind neue Studien nötig als Grundlage für die Politik. Die Frage ist, wie und welche Infrastrukturen können im ländlichen Raum überleben, wer finanziert sie, was ist neu zu positionieren, was ist privatwirtschaftlich organisierbar. In bestimmten Regionen wird eine privatwirtschaftliche Regelung nicht möglich sein, dort muss dann von staatlicher Seite eingegriffen werden (z.B. durch Steuererleichterungen).

Im zweiten Teil der Sitzung des Arbeitskreises berichten **Klampfer** und **Schachinger** über ihre im Rahmen einer Diplomarbeit am Institut für Wirtschaft, Politik und Recht an der Universität für Bodenkultur durchgeführten Untersuchungen über landwirtschaftliche Frauenprojekte in Tansania.

Zunächst präsentiert **Klampfer** Ergebnisse ihre Untersuchung. Thema der Arbeit war eine Analyse der Akzeptanz und politischen Hintergründe der Frauenförderung in den Ländern des Südens am Beispiel des Bezirkes Morogoro (Zentraltansania). In der Diplomarbeit werden zuerst anhand der Literatur die aktuellen Strömungen in der Frauenförderung beleuchtet, sodann wird die Lage der Frauen in Tansania untersucht und zuletzt die Frage gestellt, wie die Frauen selber die Frauenförderung bzw. ihre Gruppen sehen, weil die Frauenförderung zumeist in Form einer Gruppenförderung erfolgt. Die Diplomandin verbrachte dazu insgesamt zwei Monate in Tansania (Mitte Mai-Mitte Juli 2000). In Zusammenarbeit mit lokalen Instituten wurden in dieser Zeit mit insgesamt 24 Bäuerinnen von fünf verschiedenen Gruppen Gespräche geführt. Klampfer beleuchtet zunächst die entwicklungspolitischen Hintergründe der Frauenförderung, anschließend geht sie auf die Fallstudie ein.

Die Frauenförderung ist noch nicht sehr alt. Entwicklungspolitik selbst wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg zum Thema. In den Fünfziger Jahren kamen aber Frauen weder in der Modernisierungs- noch in der Dependenztheorie als Akteurinnen vor. In den Siebziger Jahren wurde von der dänischen Ökonomin *Ester Boserup* eine Studie veröffentlicht (*Woman's Role in Economic Development* 1979), worin sie die bis dahin scheinbar unentdeckt gebliebenen Leistungen der Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika beschreibt. Sie zeigt die wichtige Rolle, aber auch die veränderte Rolle der Frauen in diesen Gesellschaften. Teilweise als Reaktion auf diese Studie, teilweise auch deshalb, weil nach zwanzig Jahren Entwicklungshilfe sich keine Verbesserung eingestellt hatte, reagierte die entwicklungspolitische Szene darauf. Es wurde von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD-Weltbank) eine neue Strategie vorgestellt, die auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse abzielte. In dieser Strategie waren auch die Frauen enthalten, weil man erkannt hatte, dass Frauen sehr wichtig sind für die Nahrungsmittelproduktion, für die Ernährung und für das Gesundheitswesen. Außerdem hatten die Verantwortlichen von IWF und Weltbank gemerkt, dass Maßnahmen zur Geburtenkontrolle viel leichter durchzusetzen sind, wenn sie kaschiert, d.h. in einem ganzen Bündel von Maßnahmen daherkommen. Die Bevölkerungsexplosion schien den Mächtigen derart Angst zu machen, dass spezielle Förderungsprogramme für Frauen initiiert wurden. In dieser Zeit entstand auch eine Denkschule aus einer Gruppe von engagierten Frauen. Diese Strömung nannte man *Women in Development* (WID). Sie forderte die Gleichstellung der Frauen. Es wurden damals sehr viele WID Büros eingerichtet und sehr viele reine Frauenprojekte gegründet. Die Gleichstellung der Frauen war jedoch wenig erfolgreich. Viele WID Aktivistinnen hatten sich dann auf Produktivitätssteigerung und Armutsbekämpfung verlegt. Auch das war wenig erfolgreich, weil damals in den Achtziger Jahren die Weltwirtschaftskrise v.a. in den Ländern des Südens bereits voll zugeschlagen hat. Diese waren dann über alle Maßen verschuldet und auf IWF/Weltbank angewiesen. IWF/Weltbank haben dann den Schwerpunkt verlagert von Entwicklungshilfe und der öffentlichen Handals

Motor für Entwicklung hin zum Markt und privatem Sektor als treibende Kraft. WID war dadurch die Existenzgrundlage entzogen. Damals begannen die Strukturanpassungsprogramme, welche bis heute mit allen schädlichen Konsequenzen andauern. Die WID Frauen haben sich darauf verlegt, zu argumentieren, dass die Strukturanpassungsprogramme nur funktionieren können, wenn die Frauen eingebunden sind, wenn es weiterhin eine spezielle Frauenförderung gibt. Man erkannte zunehmend, dass spezielle Frauenförderung die Effizienz der Strukturanpassungsprogramme steigere, oder sarkastisch ausgedrückt, Frauen fangen oft die negativen Folgen dieser Strukturanpassungsprogramme auf.

Dann tauchte mit *Gender* plötzlich ein neuer Begriff auf der entwicklungspolitischen Bühne auf. Gender bezeichnet die soziale Komponente der Geschlechtlichkeit, d.h. also die Zuweisung nicht nur bestimmter Eigenschaften sondern auch Rollen zu einem bestimmten Geschlecht durch die Gesellschaft. In der Entwicklungspolitik wurde mit Gender v.a. bezeichnet die Problematik der Verhältnisse der Geschlechter zueinander. Dieser *Gender and Development* (GAD) Ansatz entstand aus der Kritik am vorherigen WID Ansatz, weil im WID die Frauen als eine homogene Gruppe dargestellt wurden. Im WID gab es das Schlagwort von *Global Sisterhood*. Es wurde eine Dritte-Welt-Frau konstruiert, die v.a. die Rolle des Opfers zu spielen hatte unter dem Motto *poor-pregnant-powerless*. Die Weltbank Mitarbeiterin *Caroline Moser* hatte eine Art Leitfaden publiziert, der sehr berühmt wurde. Er enthielt einen ganzen Maßnahmenkatalog zum Gender Planning (*C. Moser: Gender Planning and Development: Theory, Practice and Training* - London, Routledge, 1993 – G.W.). Es wurden viele Seminare abgehalten und die Mitarbeiter der Entwicklungsorganisationen zu informieren und um die Projekte auf Gender-Tauglichkeit zu überprüfen. Die WID Büros wurden in GAD Büros umbenannt. Wichtig ist, dass im Gender-Ansatz auch die Männer integriert waren, da viele der Meinung waren, dass reine Frauenprojekte zu sehr auf Widerstand stoßen.

Aus einer weiteren Kritik am WID Ansatz entstand der Empowerment Ansatz. Dieser wurde 1985 von den DAWN Frauen vorgestellt. DAWN ist ein Netzwerk von entwicklungspolitischen Aktivistinnen, Feministinnen, Planerinnen, Wissenschaftlerinnen, die hauptsächlich aus den Ländern des Südens kommen. Diese wollten sich nicht auf eine Teilnahme der Frauen am westlichen Entwicklungsmodell beschränken sondern sie wollten eine langfristige gesellschaftliche Veränderung herbeiführen nicht nur in der Beziehung zwischen Mann und Frau sondern auch zwischen Nord und Süd. Dies war ein relativ revolutionärer Ansatz. Zumindest das Schlagwort Empowerment wurden dann sehr schnell auch von den entwicklungspolitischen Organisationen im Norden aufgenommen bzw. vereinnahmt. C. Moser meint z.B., dass ihre Gender Planning Techniken und Maßnahmen auch zu Empowerment führten. Sie verlangt eine Beachtung der Dreifachrolle der Frau in der Produktion, Reproduktion und in der Gemeinschaftsarbeit. Sie unterscheidet zwischen praktischen Bedürfnissen, die aus der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung entstehen und strategischen Bedürfnissen, die aus der geschlechtlichen Hierarchie erwachsen. Sie meint, wenn man ein Projekt nach ihrem Leitfaden analysiert und plant, dann kann das für die Frauen nur von Nutzen sein. Die Frauen von DAWN haben darin aber eher eine Verwässerung ihrer revolutionären Ideen gesehen. Auch Kritikerinnen im Norden meinten, dass dies zu einer Entpolitisierung der Frauenfrage führe. Trotzdem ist momentan Gender und diese eher sanftere Schreibweise von Empowerment die offizielle Version in der Frauenförderung, sowohl für die EU als auch für die UNO und die Teilorganisationen der UNO und auch für IWF/Weltbank.

Eine weitere Gruppe von kritischen Wissenschaftlerinnen, die eher die radikale Form des Empowerment Ansatzes vertritt, gibt es in Tansania an der Universität Dar-es-Salaam. Diese Gruppe hält es für unerlässlich neben Geschlecht auch noch die Kategorien Rasse bzw. Ethnie

und das Nord-Süd-Verhältnis zu untersuchen. Sie führen die Benachteiligung der Frauen auf das gesamte soziale Gefüge zurück. Eine Wissenschaftlerin aus dieser Gruppe betreute Klampfer vor Ort und unterstützte sie bei ihrer Arbeit.

Im empirischen Teil der Arbeit wurden in der Fallstudie Bäuerinnen in teilstandardisierte Interviews zu ihren Gruppen befragt. Der Leitfaden dazu wurde nach dreiwöchigem Literaturstudium und einer Eingewöhnungsphase erarbeitet. Er enthält offene Fragen über die Bereiche Gruppenaktivitäten, Beitrittsmotivation und Zufriedenheit mit der Gruppe, persönliche Daten und eine abschließende Frage, welche dann die Frauen der Interviewerin stellen konnten sofern sie wollten. Für die Interviews war eine Dolmetscherin in Kiswahili nötig. Es wurde Wert darauf gelegt, dass dies eine Frau ist. Die Dolmetscherin arbeitete als Beraterin an der Bezirkslandwirtschaftskammer Morogoro und war zuständig für ein Sonderprogramm der FAO. Die Gespräche fanden in den Dörfern statt. Die Bäuerinnen wurden zunächst einzeln interviewt, meist in einem Gruppenarbeitsraum, in der örtlichen Grundschule oder vor den Häusern der Bäuerinnen. Die Gespräche wurden in Mitschriften aufgezeichnet. Schon bei den ersten Interviews merkte sie, dass es den Frauen wahrscheinlich nicht recht ist, wenn sie ein Tonband verwände. Nach den Interviews fanden meistens noch soziale Aktivitäten in der Gruppe statt (Getränke, Knabberien). Die Auswahl der Gruppen erfolgte nicht nach einem strengen wissenschaftlichen Schema. Die Kontakte wurden über die Betreuerin aber auch über Quartiergeberinnen, über die Bezirkslandwirtschaftskammer, die Universität Morogoro sowie über eine NGO am Uni-Campus und über die Dolmetscherin geknüpft. Pro Termin wurden zwischen zwei und acht Bäuerinnen interviewt. Meist war die Vorsitzende der Bäuerinnengruppen, die Schriftführerin und die Schatzmeisterin darunter (zumindest eine der drei). Praktische Schwierigkeiten ergaben sich aufgrund fehlender Kenntnisse der Landessprache (keine unmittelbare Kommunikation, Filter bei der Übersetzung), kultureller Barrieren (Vorurteile gegenüber junger weißen Forscherin, von der man eventuell Unterstützung erhalten kann). Obwohl sie sich als Studentin auswies, hat dies die Erwartung in Richtung einer Hilfe keineswegs geschmälert.

Tansania ist mehr elf Mal so groß wie Österreich aber bei einer Bevölkerung von ca. 25 Millionen nur relativ dünn besiedelt. Das Gebiet ist fruchtbar und schon seit mehreren tausend Jahren besiedelt. Der überwiegende Teil der Erwerbstätigen ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Etwa 60% des Bruttoinlandsprodukts stammen aus der Landwirtschaft. Trotzdem zählt Tansania zu den ärmsten Ländern der Welt, gemessen sowohl am BIP als auch am Human Development Index. Die Region Morogoro liegt etwa drei Autostunden westlich der Hauptstadt Dar-es-Salaam. Die Verkehrsanbindung ist relativ gut. Das Gebiet ist wichtig für die landwirtschaftliche Produktion in Tansania. Die gleichnamige Distrikthauptstadt Morogoro hat ca. 200.000 Einwohner, wirkt jedoch wie ein Dorf. Die Dörfer, in denen die Interviews durchgeführt wurden, liegen maximal drei Stunden von der Stadt entfernt.

Die ersten Gespräche fanden im Dorf *Kipera* auf einem fruchtbaren Hochplateau nicht weit westlich von *Morogoro* statt. Die Anbindung an die Stadt ist gut. Das Dorf hat auch Stromanschluss. Es gab ein dorfeigenes Lagerhaus. Ein Teil dieses Lagerhauses dürfen die Frauen als Arbeitsraum benutzen. Interessant ist, dass zwei der insgesamt 18 Mitglieder dieser "Bäuerinnengruppe" Männer sind. Ursprünglich wurde die Gruppe als eine gemischte Gruppe gegründet. Die Frauen sind selber an die Beraterin von der Landwirtschaftskammer mit der Bitte um eine Schulung im Bereich der Ziegenhaltung herangetreten. Es gab bereits Ziegenhaltungsprojekte, die von der Kammer in anderen Dörfern initiiert worden sind. Das haben die Frauen gesehen. Im Anschluss an die Schulung über Ziegenhaltung entstand die Idee, die massenhaft vorhandenen Tomaten zu verarbeiten. Sie wollen Tomatenmark und später auch Marmelade kochen. Die Frauen haben selber die Initiative ergriffen und die Richtung des Projekts bestimmt. Auf dass hin verließen die meisten Männer die Gruppe. Möglicherweise war das die versteckte Intention der Frauen. Die Hauptbeweggründe für den

Beitritt in die Gruppe waren ein gesteigertes Einkommen, der Erwerb von Wissen, kollektive Erfahrungen beim gemeinsamen Arbeiten sowie ein stärkeres Auftreten als Gruppe gegenüber den Kreditgebern. Alle waren mit der Gruppe grundsätzlich sehr zufrieden. Das größte Problem scheint Geld für Inputs zu sein (Gebäudebau, Einkauf von Rohmaterial für Marmelade). Kredite sind schwer zu bekommen, für einen Bankkredit müsste die Gruppe offiziell registriert sein, was wieder mit Kosten verbunden ist.

Der Kontakt zur zweiten Bäuerinnengruppe wurde über eine NGO an der Universität Morogoro vermittelt. Das Dorf *Tandai* liegt in den *Uluguru Mountains* und ist nur schwer zu erreichen. Die Straßen sind schlecht, es gibt keine öffentlichen Verkehrsmittel, keinen elektrischen Strom und keine Wasserleitung. Die NGO unterhält einen Stützpunkt im Dorf. Die Frauengruppe war Teil eines größeren Projektes von insgesamt 20 Personen, d.h. jeweils fünf Personen aus vier verschiedenen Dörfern. Anders als in *Kipera* wurde dieses Projekt von einer NGO von außen initiiert. Die Frauen hatten überhaupt keinen Einfluss bei Entscheidungen. Eine Frau meinte sogar, sie wäre nur dabei, weil sie von einem NGO Mitarbeiter für das Trainingsseminar ausgesucht worden ist. Andere wiederum meinten, der Bürgermeister wäre der Initiator des Projekts. Keine einzige nannte Eigeninitiative als Gründungsgrund. Die Gruppe erhielt einen Solartrockner für das Trocknen von Obst und in Zukunft ev. auch von Gemüse. Die Frauen wurden von einer Entwicklungshelferin eingeschult, von der die meisten nicht einmal wissen, für wen sie arbeitet bzw. woher sie kommt. Diese Entwicklungshelferin versprach, die fertigen Produkte abzuholen und zu verkaufen. Sie ist aber nicht mehr gekommen. Die Handhabung des Trockners funktionierte auch noch nicht richtig. Jedenfalls verdarb die Hälfte der getrockneten Mangos. Für den Solartrockner musste ein Darlehen von der NGO aufgenommen werden. Die Frauen wussten nicht, wann und unter welchen Konditionen sie das Darlehen zurückzahlen mussten. Das Projekt wurde ganz klar von außen ins Dorf getragen, initiiert und gesponsert. Bis jetzt wurden nur Verluste gemacht, das Projekt kostete Geld und Arbeitszeit. Die Frauen hatten bei den Entscheidungen nichts mitzureden und sie identifizierten sich nicht damit. Nur eine einzige, eher wohlhabende Bäuerin, welche bei der Sparkasse arbeitet, wollte aus dem Projekt etwas machen, alle anderen hofften nur auf die Rückkehr der Entwicklungshelferin. Die NGO im Dorf wurde von NGOs in Großbritannien und Spanien gesponsert.

In *Kibwaya*, dem Nachbardorf des obigen Bergdorfes mit gleich schlechter Infrastruktur kamen acht von zehn Mitglieder einer Bäuerinnengruppe zum Gespräch. Dies war insofern positiv, da damit nicht nur die zentralen Persönlichkeiten dabei waren. Diese Gruppe hat eine lange Geschichte. Sie wurde bereits 1986 als UWT Gruppe (*Umoja wa Wanawake wa Tanzania* - Frauenorganisation der Regierungspartei CCM) unter Präsident *Nyerere* gegründet. UWT hatte den Anspruch, alle Frauen des Landes zu vertreten. In dieser sozialistischen Periode Tansanias wurde dieser Frauenvereinigung das alleinige Verkaufsrecht von "*khangas*" (bunte Tücher, Hauptkleidungsstück der Frauen) übertragen, weiters die Führung von Dorfläden. UWT organisierte auch Maismühlen und Nähgruppen. 1998 wurde die Gruppe nach einem Streit aufgelöst und das Kapital der Gruppe unter den Mitgliedern aufgeteilt. Ein Jahr später wurde auf Initiative des Bürgermeisters bzw. eines NGO Mitarbeiters eine neue Gruppe gegründet, diesmal jedoch als private Gruppe außerhalb der UWT. Die Gruppe baut wiederum Mais auf einem gemeinsamen Feld an. Sie möchten soviel Geld ansparen, um sich eine Maismühle kaufen zu können, bzw. um sich für einen Kredit für eine Maismühle zu qualifizieren (dafür ist ein bestimmtes Eigenkapital notwendig). Der NGO Mitarbeiter unterrichtete sie in den modernen Anbautechniken, ansonsten erhielten sie kaum Unterstützung. Beigetreten sind die Frauen aus den unterschiedlichsten Gründen. Die eine wollte Anschluss im Dorf finden, eine weitere, ältere Frau wollte den jüngeren ein gutes Beispiel geben, die meisten wollten dazulernen. Mit dem Erfolg waren die meisten sehr zufrieden, weil sie mit den verbesserten Anbaumethoden, die sie auch auf den eigenen

Feldern verwendet haben, gute Ernten erzielten. Eine Frau erzählte, dass sie während einer Schlechtwetterphase Mais zu einem günstigen Preis von der Gruppe ankaufen konnte. Die Gruppe weist dennoch eine starke soziale Stratifikation auf. Die Mitglieder sind nicht gleichberechtigt. Manchen Bäuerinnen drohen Sanktionen bei Regelverstoß, andere haben mehr Rechte. Die Arbeitsmoral in der Gruppe ist auch sehr unterschiedlich. Nicht immer kommen alle zu den Arbeitseinsätzen. Obwohl die Frauen bereits 14 Jahre zusammen arbeiten, sind sie von ihrem gemeinsamen Ziel einer Maismühle noch immer weit entfernt. Dies frustrierte sie sehr. Deshalb erwarteten sie sich mehr als andere Gruppen Hilfe von außen (Kredit etc.). Es fehlt nicht an Engagement, nur die strukturellen Voraussetzungen, v.a. die Marktanbindung sind schlecht. Außerdem gibt es bereits eine Maismühle im Dorf, bei einer zweiten würde es zu einer Konkurrenzsituation kommen. Möglicherweise wären dann beide Projekte nicht mehr rentabel. Vielleicht hat dies die NGO gesehen und deshalb das Projekt noch nicht unterstützt.

Die beiden letzten Frauengruppen wurden von der FAO *Special Programme for Food Security* unterstützt. Das Dorf *Mvomero* liegt ca. eineinhalb Fahrstunden Richtung *Dodoma* in einer verkehrstechnisch gut erschlossenen Ebene. Da die Kommunikation nicht geklappt hatte, waren nur zwei Bäuerinnen zum Gespräch gekommen. Das FAO Programm war in der ganzen Region verbreitet. Eine Demonstrationsbäuerin erhielt Schulungen im Bereich Pflanzenbau, neue Anbautechniken, Einsatz von Pestiziden und Düngemittel. Eine weitere Demonstrationsbäuerin erhielt Schulungen im Bereich Tierhaltung, Materialhilfen für Stallbauten etc. Dieses Wissen sollten die Demonstrationsbäuerinnen dann auch weitergeben. Als Gruppenaktivität war ein gemeinsamer bewässerter Gemüsegarten geplant. Die FAO stellte die Bewässerungspumpe zur Verfügung, die aber leider nicht funktionierte. Die Frauen haben daher sehr schnell nach Alternativen gesucht. Sie gingen zum gemeinsamen Mais- und Sonnenblumenanbau über, denn das konnten sie ohne viel Aufwand organisieren. Damit hatten sie mehr Erfolg als mit dem Gemüse. Eine der beiden interviewten Frauen war die Demonstrationsbäuerin für die Tierhaltung. Diese war sehr zufrieden. Sie bemängelt lediglich, dass Traktoren für die Bodenbearbeitung fehlten. Die zweite würde auch gerne Demonstrationsbäuerin für die Tierhaltung sein, da offensichtlich aus Tierhaltungsprojekten mehr Einkommen entstand. Das FAO *Special Programme for Food Security* setzt stark auf einen trickle-down Effekt. Die Demonstrationsbäuerinnen sollten regelmäßig wechseln, was in der Praxis allerdings nicht funktioniert. Die Bäuerinnen waren trotzdem sehr zufrieden, da die Unterstützung von der FAO sehr großzügig war.

In zweite FAO Gruppe in *Hembeti* wurde mit insgesamt fünf Frauen gesprochen. Diese Gruppe war jener in *Mvomero* sehr ähnlich. Nur sie ist auf Initiative einer Bäuerin entstanden, die sich selber an die FAO gewandt hat. Sie wollte keiner der bestehenden Gruppen beitreten. Dies hatte ökonomische Gründe, denn nun ist sie Demonstrationsbäuerin für Pflanzenbau und Tierhaltung auf vier Jahre. Die Gruppe hat einen gemeinsamen Gemüsegarten (hier funktioniert die Bewässerungspumpe) und ein gemeinsames Hühnerhaltungsprojekt. Für einen gemeinsamen Stall haben sie leider noch nicht genug Geld. In dieser Gruppe merkte man sehr stark den Unterschied zwischen der Demonstrationsbäuerin und den normalen Mitgliedern. Die Demonstrationsbäuerin hatte einen schönen Hof und sie konnte ihre Kinder zur Schule schicken. Von einem trickle-down Effekt war bisher allerdings nur wenig zu spüren. Ob das Konzept der FAO aufgeht, darf in diesem Fall bezweifelt werden.

Wenn man versucht die eingangs erwähnten Kriterien der Frauenförderung, besonders des Empowerment Ansatzes, mit den Ergebnissen aus den Gesprächen zu vergleichen, ist das großteils frustrierend. Alle Projekte sind auf die praktischen Bedürfnisse ausgerichtet. Kein einziges hat sich auf eine Änderung im Machtgefüge konzentriert. Den Frauen wird in den meisten Projekten noch mehr Arbeit aufgebürdet. Sie sollen ein Einkommen erwirtschaften, um ihre Kinder leichter ernähren zu können. Dabei obliegt den meisten Frauen schon die

Versorgung der Familien mit Nahrungsmitteln sowie die Hausarbeit. Die Belastung ist ohnehin schon sehr groß. Viele Frauen sind dabei überfordert. Trotzdem haben viele Frauen gesagt, sie brauchen Geld für Inputs, damit sie mehr produzieren können. Sie möchten die Gruppenaktivitäten ausweiten. Unter den Voraussetzungen ist es schwer, mit einem Einkommen schaffenden Projekt nachhaltig eine Verbesserung der Lage der Bäuerinnen herbeizuführen. Klampfer möchte den tansanischen WissenschaftlerInnen Recht geben, die meinen, dass sich die Lage der Frauen in Tansania nur verbessern kann, wenn nicht nur das Verhältnis der Geschlechter oder der Ethnien sondern auch und vor allem in der Beziehung zwischen Nord und Süd mehr in Richtung ökonomische Fairness geändert wird.

Pevetz vertritt die Auffassung, dass die Frauen in den afrikanischen Gesellschaften dominieren und deshalb Women Empowerment nicht nötig wäre. Frauen wären sehr autonom und tun im Gegensatz z.B. zu orientalischen Gesellschaften (etwa Afghanistan), das was sie beabsichtigen. Die Beziehung zu den Männern wäre daher kein sonderliches Problem. Die Kehrseite wäre jedoch die enorme körperliche Belastung. Er sieht auch ein Problem, dass Wissenschaftler bei derartigen Projekten immer wieder ohne eine Gegenleistung Wissen benutzen.

Klampfer: Frauen sehen sich sehr wohl strukturell benachteiligt, da die Politik und die Wirtschaft auch in Afrika nach wie vor von Männern dominiert werde. Das gleiche gelte auch für die Banken und Universitäten. Frauen hätten schlechtere Chancen eine Karriere zu machen, sie erreichten kaum höhere Positionen. Ihre Arbeit erfolge nicht ohne Gegenleistung. Sie versuche den Bäuerinnengruppen in Tansania auch praktisch zu helfen indem sie z.B. einen Fraktometer und ein Plastikverschweißgerät in Österreich auftreiben möchte. Bisher war sie dabei allerdings wenig erfolgreich.

Schachinger beschäftigt sich in ihrer Diplomarbeit mit einem vom IIZ (Österreichisches Institut für Internationale Zusammenarbeit) unterstützten Projekt zur Cashew-Nuss Produktion in der Region *Masasi*, Südtansania. Sie führte dazu Gruppeninterviews mit 24 Gruppen von Cashewbauern mit etwa 270 Personen in zehn Dörfern durch. Zusätzlich wurde Fragebögen an die Bezirksbehörden versandt und ExpertInneninterviews durchgeführt. Sie wollte dabei folgende grundlegende Fragen klären: wie wird Cashew produziert, welche Probleme haben die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in der Cashew Produktion und welche Verbesserungsansätze gibt es in der Region. Schachinger erfreute die Mitglieder des Arbeitskreises mit mitgebrachten Cashewnüssen. Der Cashewkern stellt das Hauptprodukt, die Cashewäpfel das Nebenprodukt dar. Die getrockneten Kerne werden vermarktet, die Äpfel zu Wein und Saft verarbeitet, getrocknet als Viehfutter oder aber auch zum Schnapsbrennen verwendet.

Cashew wird erst seit Anfang des Zwanzigsten Jahrhunderts in Tansania angebaut. Die Cashew Produktion stieg seit dem Zweiten Weltkrieg bis in die Siebziger Jahren, wo sie den Höhepunkt erreichte. Danach ist sie eingebrochen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zum einen ist die Ernte sehr aufwendig. In Folge der Ujama-Politik („afrikanischer Sozialismus“) wurden die Menschen in größere Dörfer zusammengeführt. Dort sollten sie infrastrukturell und sozial besser versorgt werden. Viele Gebiete wurden deshalb unbewohnt und die Cashew-Bäume nicht mehr beerntet. Außerdem hat Mehlnaubefall die Produktion zum Erliegen gebracht. IWF-Weltbank versuchte mit Pestiziden die Krankheit zu bekämpfen. Die Schwefelapplikation mit Motorsprühgeräten ist aber sehr teuer. Zudem traten neue Krankheiten auf (v.a. Leaf Disease). Die Ernte erfolgt immer noch mit sehr einfachen Werkzeugen. Außerdem gibt es ein Transportproblem. Die Nüsse werden mit Fahrrädern transportiert oder einfach auf dem Kopf getragen. Aus diesem Grund gibt es in Tansania zwölf große Verarbeitungsfabriken, die nur noch zu einem geringen Teil ausgelastet sind.

Von den zehn untersuchten Dörfern nahmen fünf an einem VODP (Village Orientated Development Programme) teil, während fünf nicht daran teilnahmen. Die methodischen Grundlagen für die Studie stellten RRA (Rapid Rural Appraisal) und PRA (Participatory Rural Appraisal) dar. (RRA ist eine qualitative Untersuchungsmethode, wobei in einem interdisziplinären Team Probleme am Land kurzfristig und schnell formuliert werden. Die Untersuchung genügt keinen strengen formellen Regeln sondern richtet sich vielmehr nach der jeweiligen Situation und den spezifischen Bedürfnissen der Beteiligten. Im PRA nehmen Dorfbewohner, Forscher und Vertreter lokaler Behörden an einem gleichberechtigten Forschungsprozess teil. In einem Workshop wird die Situation analysiert, gemeinsame Ziele formuliert und Kräfte mobilisiert. PRA ist ein Empowerment Prozess - G.W.)

Für die Gespräche im Dorf wurden die Bauern/Bäuerinnen gebeten, sich nach ihrem Geschlecht und nach der Größe ihres Besitzes einzuteilen. Sie sollten dadurch einen gemeinsamen Hintergrund und eine Gruppenmeinung haben. Dies hatte für die Forscherin den Vorteil, leichter zu Kategorien zu gelangen und für die Betroffenen, dass sie leichter zu einer gemeinsamen Position gelangen können. Wenn Männer anwesend waren, haben Frauen oft kaum etwas gesprochen. Andererseits wollten manche Männer und Frauen aber nicht getrennt interviewt werden.. Frauen arbeiten viel. Trotzdem haben sie aber oft wenig Recht, sich frei zu äußern. Für die Gespräche war ein Dolmetscher nötig.

Die Bauern/Bäuerinnen mussten zunächst auf einem Plakat ein Bild ihrer Produktion zeichnen. In einem zweiten Schritt hatten sie die Probleme mit der Produktion (Pflege, Ernte bis zur Vermarktung) zu benennen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Schließlich bestand die Aufgabe darin, diese Verbesserungsvorschläge in einer Matrix nach ihrer Bedeutung zu reihen. In der letzten Phase wurde gemeinsam diskutiert, welche Vorschläge am wichtigsten seien und wie sich das Ziel am besten erreichen ließe. Beispielsweise äußerten viele Frauen den Wunsch, Pflügen zu lernen, andere überlegten sich, wie sie als Gruppe leichter zu einem Kredit kommen könnten.

Pevetz: Ist in Tansania die moderne Technologie Männer dominiert?

Schachinger: Die moderne Technologie ist in Tansania ähnlich wie in Europa Männer dominiert.

Ast: Ich machte die Erfahrung, dass die einflussreichste Bäuerin in der Gruppe jene war, welche in der Sparkasse arbeitete, da sie sich in der Buchhaltung auskennt. Ich nehme an, dass dies in Tansania ähnlich ist.

Wiesinger: Welchen Einfluss hatte die Ujama Politik für die Situation der tansanischen Frauen?

Schachinger: Die Ujama Politik hat das Leben der Frauen stark geprägt. 60% der Frauen können heute Lesen und Schreiben. Alle Frauen mussten für eine gewisse Zeit in ein Camp und kamen dadurch weg vom Dorf. Heute wirkt sich der Neoliberalismus negativ auf das Leben der Frauen aus. Schulbildung ist nicht mehr kostenlos. Somit werden jetzt eher Knaben als Mädchen in die Schule geschickt.

Pevetz: Wie sehen sie die Perspektiven von kleinen Bankkrediten (Mikrokrediten), wie sie z.B. in Bangladesch gewährt werden?

Klampfer: Mit diesen Mikrokrediten geht der egalitäre Anspruch verloren, neue Hierarchien entstehen. Außerdem gibt es große institutionelle Unterschiede zwischen Bangladesch und Tansania.

Allfälliges

Ast erteilt eine Einladung in das Waldbauernmuseum Gutenstein. Es gibt dort eine neue Wandtafel zu sehen, auf der auf einer Karte mittels Leuchtpunkten die Lage der bäuerlichen Höfe 1821 mit heute verglichen wird. Aus den Ergebnissen der Studie kann man auch sehen, warum ein Hof zugrunde gegangen ist.

Als Vorsitzender des Arbeitskreises wird **Wieser**, als Schriftführer **Wiesinger** bestätigt.

Der 19. Kongress der Europäischen Gesellschaft für Agrarsoziologie (ESRS) fand vom 3.-7. September 2001 in Dijon, Frankreich statt. Das Rahmenthema lautete: „Gesellschaft, Natur, Technologie und ihre Beitrag zur ländlichen Gesellschaft“. Die Beiträge der einzelnen Arbeitskreise sind unter <http://cc.joensuu.fi/~alma/esrs/index.html> zu finden.

Die **nächste Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft findet am Freitag, den 16.11.2001, 10.00 Uhr s.t. an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt. Folgende Referate stehen auf dem Programm:

Gertrude Klaffenböck/ Eva Lachkovics: Gentechnikpatente und die Konsequenzen für die Bauern und Bäuerinnen im Süden

Franz Rohrmoser: Spaltung der Bauern/Bäuerinnen durch fehlende Konfliktbearbeitung

Literaturhinweis:

Jeschke, H.P. (Hrsg., 1999): **Neue Strategien für die ländlich geprägten Räume Österreichs** (Beiträge von Dörr, H.; Fidesser, F.; Fröhlich, E.; Greif, F.; Gruber, M.; Holzinger, E.; Hovorka, G.; Ivancsics, R.; Jeschke, H. P.; Kautz, H.; Knöbl, I.; Krajasits, C.; Loibl, E.; Maurer, H.; Molterer, W.; Oberholzner, T.; Pohl, B.; Quendler, T.; Riegler, J.; Schmid-Priwitzer, W.; Steiner, M.; Wohlmeyer, H. und Einbegleitungen von F. Fischler, H.P. Jeschke und B. Seiler), **Sonderausgabe der Agrarischen Rundschau Juni 1999, Ökosoziales Forum Österreich** (Präsident: J. Riegler, Redaktion: E. Scheiber und E. Kreuzpointner.) A-1010 Wien, F.-Josefs-Kai 13 (Tel.: 01/533 0797 / Telefax: 01/533 079790). 136 Seiten mit zahlreichen, teilweise mehrfarbigen Abbildungen bzw. Graphiken und Österreichkarte 1 : Mio (Gemeindetypisierung). Preis: ATS 220,-- (Euro 15,98).